# Transkript\*: Grunau/Mierendorf 6 Frühkindliche Bildung als Antwort auf politische Probleme von Armut, Integration und Arbeitsmarkt

\*Bitte beachten: Das Transkript wurde automatisiert erzeugt und wurde nicht nachträglich gegengelesen oder korrigiert. Abweichungen vom Wortlaut können daher nicht ausgeschlossen werden. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: inklusive-videos@fernuni-hagen.de

Ja, man kann es eigentlich ganz scharf sagen. Also, familialer Bildung wird nicht mehr zugetraut, dass sie die notwendigen Bildungsprozesse von Kindern zu Hause begleiten können. Und das interessanterweise, aber das ist meine Meinung, das wird nicht überall geteilt, dieses Bezogen sowohl auf alle Kinder, auch die bürgerliche Mutter, die noch in den 50er-Jahren als die relevante Person in der Bildung und Erziehung der kleinen Kinder angesehen wurde, der wird dieses auch nicht mehr zugetraut. Aber Kinder aus bestimmten bildungsfernen Schichten, wie man sagt, denen soll die Teilhabe noch mehr ermöglicht werden. Und da ist es dann eben nicht mehr ermöglicht werden, sondern es ist tatsächlich, würde ich sagen, da schlägt es in einen, es gibt keinen Zwang, es gibt keine Kita-Pflicht, aber doch eine sehr starke, auch von sozusagen dann aus sozialpädagogischer Perspektive forcierten Unterbringung von Kindern, Unterbringung ist der falsche Begriff, aber von einer Ermöglichung, Unterbringung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Umteufelskreise der Armut, beispielsweise, zu durchdringen. Und da hat sich tatsächlich seit Mitte, Ende der 90er, aber insgesamt mit den Arbeitsmarktreformen Anfang der 2000er, hat sich explizit, Nicole Klinge, haben wir das wirklich wunderbar herausgearbeitet, explizit etwas in der westdeutschen Vorstellung von guter früher Kindheit verändert, nämlich, dass eine frühe Kindheit, die sich ausschließlich im familialen Rahmen abspielt, ist keine gute Kindheit mehr, unabhängig, ist schichtunabhängig, nicht? Und sozusagen explizites daran arbeiten, dass der Kita-Platzausbau, es ist die Forcierung der Fachkräfteausbildung und so weiter, dass alle Kinder in institutionalisierte Bildungszusammenhänge einmünden können. Von DJI gibt es eine ganz interessante Studie, sind Eltern befragt worden, die ihre Kinder bewusst nicht in Kindertageseinrichtungen bringen, aus religiösen Motiven, aus schlechten Erfahrungen und so weiter, die zutiefst in der Kritik stehen, dass sie ihr Kind nicht vor der Schule in eine institutionalisierte Bildungseinrichtung bringen. Und das ist eng verbunden, also die ganzen Reformen, also der dritte Weg und so weiter, eng verbundener frauenbezogenen Arbeitsmarktpolitik und einer Bildungspolitik für Kinder, nicht? Frauen sind freigesetzt worden für den Arbeitsmarkt und gleichermaßen ist Bildung, also frühe Bildung, von Anfang an aufgewertet worden. Das muss man unbedingt als korrespondierende Entwicklung betrachten. Das würde ich jetzt gefragt, ob das komplementäre Bewegungen sind, die man da sozusagen wahrnehmen kann und wie der Zusammenhang ist. Es wird eigentlich eine Win-Win-Win-Situation gezeichnet, also es wird als quasi feministisches Projekt dargestellt, Frauen können arbeiten, werden dadurch selbstständiger, verdienen ihr eigenes Geld, sind nicht mehr so stark armutsgefährdet, wenn der Mann arbeitslos wird, verstirbt, wenn es eine Scheidung gibt und so weiter. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, das Kind erfährt Bildung. Die Hoffnung ist da, dass das zukünftig drittens Früchte trägt, indem das Kind diese Bildung nutzt, sozialinvestiver Charakter, um einen Job zu finden, sich zurechtzufinden in einer Wissens- und Informationsgesellschaft und damit langfristige Teufelskreise der Armut sozusagen aufgebrochen werden. Und natürlich auch zur national-ökonomischen Politik des Landes beiträgt. Das wäre zu glauben, das fände außerhalb von Wachstums-Imperativen statt. War ja dieser böse Spruch, lieber Kinder als Inder. Lieber ein böser Spruch, der genau darauf gezielt hat, die gut ausgebildeten Frauen bekommen unter den Bedingungen, das war ja eine interessante Argumentationsspirale, bekommen unter den aktuellen Bedingungen, weil wir keine Kindertagesbetreuung haben, es ist sehr sparsam die Argumentation gewesen, aber bekommen sie keine Kinder, haben wir genug Kindertagesbetreuungseinrichtungen, würden auch die hochverdienenden, gut qualifizierten Frauen Kinder bekommen und damit bräuchten wir keine Kinder aus anderen Regionen, die sozusagen unsere Geburtenlücke wieder füllen. Und damit ist es, und das ist das Interessante, damit ist es politisch durchsetzbar gewesen Anfang der 2000er, dass solche Programme, die Nicole Klinghammer spricht ja in ihrer Dissertationsschrift explizit von einem so konzertierten Zusammengehen aller Parteien in Bezug auf Einführung des Rechtsanspruchs war es glaube ich nicht, aber sozusagen der, genau der großen Programme ab 2002, 2005 hat sie wunderbar rausgearbeitet, das frappierend war, wie sich innerhalb von zwei, drei Legislaturperioden plötzlich parteiübergreifend alle frühe Bildung als das zentrale Lösung für alles, also für den Arbeitsmarkt, für die Armutsbekämpfung, damit möchte ich nicht sagen, nicht dass ich irgendwie falsch verstanden werde, dass ich nicht frühe Bildung für explizit auch notwendig und wichtig und interessant halte, aber wenn man das sozusagen in diesem Bedingungskontext sieht und in diesen historischen Kontext einstellt, ist es frappierend. Das ist gefordert worden eigentlich seit den 60er, 70er Jahren und war erst zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt, war es durchsetzbar, diese Idee der Bildung für alle. Das ist in 70er Jahren in den Bildungsreformen schon gefordert worden, nicht? Durchsetzbar war es in dem Moment, wo man die Arbeitskraft der Frauen brauchte, also die ehemals stille Reserve tatsächlich gezogen hat, um die Arbeitsmarktprobleme mit in den Griff zu bekommen.